



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Delegierte der Grünliberalen warnen vor überhasteten und kurzfristigen Aktionen zur Schwächung des Schweizer Franken
Für Rückfragen	Martin Bäumle, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	20. August 2011

Der Finanzplatz Schweiz kommt nicht zur Ruhe. Noch bevor die Auswirkungen der globale Finanz- und Wirtschaftskrise bzw. die daraus resultierenden Bankenregulierungen in der Schweiz beschlossen sind, nagt der unerwartet starke Franken an den kalkulierten Gewinnmargen Export orientierter Unternehmungen. Auf der anderen Seite gibt es viele Gewinner, die schweigen und die Gewinne einstecken. Hier müsste die Politik ansetzen – z.B. Stärkung der WEKO und des Preisüberwachers. Die Grünliberalen haben aber Verständnis für stark betroffene Branchen, warnen aber vor dem Trugschluss, dass die Entwicklung der Währung durch allfällige Wahlkampf-bedingte Aktionen Schweizer Politiker beeinflusst werden könnte ohne langfristig negative Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft der Schweiz. Grünliberale sehen primär einen Weg zur Schwächung des Frankens: volle Unterstützung der Schweizer Nationalbank, die unabhängig von Politik und des Wahlkampfes zu agieren hat. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Subventionierungen einzelner Branchen lehnen sie klar ab, allenfalls könnte eine Eurorisikoanleihe Investoren anziehen und so mit einem Marktinstrument betroffenen Unternehmen das Risiko reduzieren.

Knapp 80 nationale Delegierte besuchten den heutigen Parteitag der Grünliberalen Partei Schweiz am Ufer des Rheins in Basel. Die Präsidenten der beiden Basler-Sektionen, Hector Herzig (Präsident glp BL) und David-Wüest-Rudin (Präsident glp BS) begrüßten die Schweizer Delegierten auf dem Schiff am Rheinufer in Basel. In ihren Ansprachen skizzierten die beiden Präsidenten die jeweilige kantonale Sektion und stimmten die Delegierten auf den kommenden Wahlkampf-Herbst ein.

Der Parteipräsident macht eingangs der Delegiertenversammlung klar, dass selbst wenn die Thematik „Atomausstieg“ medial in Vergessenheit gerate, die Grünliberalen dieses Thema weiter verfolgen werden. „Wir nehmen die CVP und BDP in die Pflicht im Herbst im Ständerat, aber auch nach den Wahlen wenn es um die konkrete Umsetzung geht“ meint er. Die Lehren aus Tschernobyl und Fukushima sind zu ziehen. Die Grünliberalen werden sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass nach den Worten nun Taten folgen werden.

### Wahlen 2011

Die glp Schweiz stellt sich zum 2. Mal Wahlen auf nationaler Ebene. Sie tut dies zum ersten Mal in 15 Kantonen (wie folgt Aargau, Basel-Stadt, Basel-Land, Bern, Genf, Graubünden, Freiburg, Luzern, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Waadt, Uri, Zug, Zürich). Die Grünliberalen wollen 6-8 Nationalratssitze holen und damit eine eigene Fraktion erlangen. Gute Chancen für eigene Sitze rechnen sich die Vertreter der Partei insbesondere in folgenden Kantonen aus: ZH (3-4 Sitze), BE (1-2), AG, BS und VD. Zusätzliche sind aber auch in weiteren Kantonen Nationalratssitze möglich (BL, GR, LU, SG, TG).

Ihre 2 Ständeratssitze in den Kantonen Zürich und Uri will sie verteidigen.

Portraits der Kandidaten/-innen befinden sich auf der Wahlplattform: [www.wahlen.grunliberale.ch](http://www.wahlen.grunliberale.ch)

Finanzplatz Schweiz – quo vadis?

Seit dem Beginn der Finanzkrise kommt der Finanzplatz Schweiz nicht zu Ruhe. Professor Urs Birchler vom Swiss Banking Institute in Zürich zeichnet in seinem unterhaltsamen Inputreferat ein düsteres Bild des Mechanismus des Finanzplatzes bzw. der „too big to fail“-Thematik, die Massnahmen aber zumindest ein halbvolles Glas darstellen.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Schieflage einer Grossbank von grosser Relevanz für das Wirtschaftssystem sein und für die Schweizer Volkswirtschaft eine erhebliche Belastung darstellen kann.

Der Bundesrat hat zu Händen des Parlamentes einen Massnahmenkatalog verabschiedet, mit welchem es zu verhindern gilt, dass Banken „zu gross um unterzugehen (too big to fail)“ sind. Obwohl die Grünliberalen diese Aktion des Bundesrates grundsätzlich begrüessen, diskutierten sie zusammen mit folgenden Experten über die Sinnhaftigkeit und die Konsequenzen der einzelnen Instrumente im Massnahmenpaket und dies auch im Lichte der aktuellen Entwicklung der Märkte v.a USA und der EU:

- Dr. Eugen Haltiner, ehemaliger Finma-Präsident
- Prof. Urs Birchler, Swiss Banking Institute, Uni Zürich
- Dr. René Buholzer, Head Public Policy Credit Suisse, als Vertreter der Grossbanken Schweiz
- Dr. Georg Hess, Leiter Public Affairs Julius Bär, als Vertreter der Privatbanken Schweiz
- Martin Bäuml, Parteipräsident Grünliberale

Nach einer angeregten Diskussion über die TBTF-Regulationen unter der Moderation von Wirtschaftsjournalist Florian Rittmeyer (Schweizer Monat) betätigten alle Teilnehmer, dass die Schweiz die Finanzkrise optimal gemeistert hat, der eingeschlagene Gesetzesweg pragmatisch und zielführend ist und die Grünliberalen wurden in Ihrer Positionen zu too big to fail bestätigt,

*Thematik „Too big to fail“*

- dass der Staat mit Steuergeldern künftig nicht für die Rettung von Banken aufkommen soll
- dass der Staat die vorgeschlagenen Eigenmittelvorschriften im internationalen Vergleich zwar streng sind, sich eine gesunde und stabile Kapitalbasis längerfristig auch als Wettbewerbsvorteil auszahlen wird
- die FINMA gestärkt werden muss, um ihrer Rolle in möglichen Notfallmomenten gerecht zu werden (insbesondere in der Frage der Herauslösung der systemrelevanten Bereiche einer Bank)
- dass mit den geplanten regelmässigen Überprüfungen der Vorgaben auch die künftige internationale Entwicklung berücksichtigt wird
- der Bund neu das Recht haben soll, die Vergütungen der Banken zu regulieren, sofern diese vom Staat abhängig sind.
- 

*Thematik „Starker Schweizer Franken“*

- die Nationalbank gestärkt werden muss und sie unabhängig agieren soll
- keine Subventionierungen einzelnen Branchen bevorzugen soll
- neue marktwirtschaftliche Modelle zu entwickeln sind
- z.B. Wettbewerbskommission und Preisüberwacher gestärkt werden